

Beschlüsse

des 21. NFI Kongress in Graz/Österreich
1.10.2011

Anträge zum 21. NFI-Kongress, Graz

Inhaltsverzeichnis

Nr.	Titel	Antragsteller	Seite
A1	Aufnahme Naturfreunde „CASE Togo“ als Vollmitglied	NFI - PK und Vorstand	3
A2	Aufnahme „KST RT“ als Vollmitglied	NFI - PK und Vorstand	4
A3	Statutenänderung	NFI - PK und Vorstand	5
A4	Änderung der NFI-Geschäftsordnung	NFI - Vorstand	20
B1	Arbeitsprogramm 2011-2014	NFI - Vorstand	25
C1	Verringerung des Altersunterschiedes zwischen Jung und Alt in der Naturfreundebe- wegung	IYNF	31
C2	Verpflichtende CO ₂ Kompensation	IYNF	33
C3	Wintertourismus und Klimawandel	NFI - Vorstand	34
C4	Antrag „Erneuerbare Energiequellen forcieren“	NF Österreich	36
C5	Antrag „EURATOM“	NF Deutschlands	38
C6	Antrag „Energiepolitik“	NF Deutschlands	40
C7	Antrag „Radeln für Frieden und neue Energien“	NF Deutschlands	42
C8	Antrag zu „Nachhaltige Klima- und Wirtschaftspolitik für Afrika“	NFI - Vorstand	43
C9	Antrag zu „Nachhaltigkeit statt Wachstum“	NF Deutschlands	46
C10	Antrag zur Neuordnung der Finanz- und Wirtschaftspolitik	NF Deutschlands	50
C11	Antrag zu „Europas Agrarpolitik muss nachhaltig werden“	NF Deutschlands	51
C12	Antrag zur „Förderung der Berglandwirtschaft“	NF Deutschlands	53
C13	Antrag zum „Ausstieg aus der Agrogentechnik“	NF Deutschlands	54
C14	Antrag „Keine Donaustufen“	NF Deutschlands	55
C15	Antrag „Gegen Elbstaufen“	NF Deutschlands	56
D1	Initiativantrag ‚Europa Resolution‘	NF Deutschlands	57
D2	Initiativantrag ‚Nachhaltige Jobs für eine nachhaltige Zukunft‘	Vorstand	58
D3	Initiativantrag ‚Die Verwendung von Papier bei NFI Meetings‘	NFJI	61

Antragsteller: Mitgliedsverband Deutschland**EURATOM endlich auflösen! Für die Schaffung einer Europäischen Gemeinschaft zur Förderung erneuerbarer Energien!**

- 1 Seit vielen Jahrzehnten hat die Anti-Atom-Bewegung auf die Unverantwortlichkeit der Atomkraft hingewiesen. Naturfreunde sind Gründungsmitglied der Anti-Atom-Bewegung in vielen Ländern Europas. Mit ihrem Engagement haben sie deutlich gemacht, dass die Nutzung der Atomenergie unverantwortlich ist. Die Naturfreunde treten für den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergienutzung ein und fordern die massive Förderung einer nachhaltigen und umweltverträglichen Energiegewinnung.
- 2 Atomkraft ist eine unbeherrschbare Risikotechnologie mit unabsehbaren Folgen für die Menschen und die Umwelt. Die Nutzung der Atomtechnologie setzt demokratische Grundrechte auf Spiel und gefährdet die Lebensbedingungen zukünftiger Generationen.
- 3 Von Anfang an gab es keine absolute Trennung zwischen „ziviler“ und militärischer Nutzung der Nukleartechnologien. Vielmehr wurde die Forcierung der Atomenergienutzung von vielen Staaten als Möglichkeit für den Einstieg in den Bau von Atom-bomben benutzt.
- 4 In vielen Ländern der Welt gibt es Anti-Atom-Initiativen. Die Naturfreunde Internationale wird die Stärkung und den Aufbau eines internationalen Netzwerkes gegen Atomenergie Förderung und aktiv unterstützen. Gemeinsam mit den Landesverbänden, die sich an einem solchen Netzwerk beteiligen wollen, wird sich die Naturfreunde Internationale in internationale Aktionen und Debatten zur Abschaffung der Atomenergie weltweit einbringen.
- 5 Tschernobyl, Harrisburg und Fukushima sind die bekanntesten Beispiele für die Risikotechnologie Atomkraft. Für Naturfreunde ist es völlig inakzeptabel, dass 25 Jahre nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl und trotz der vielen Störfälle in der Geschichte der Kernenergienutzung, die Europäische Union weiterhin auf die Erforschung und den Ausbau der Kernenergienutzung setzt.
- 6 Alleine in der laufenden Förderperiode sind im Haushalt der Europäischen Union 7,8 Milliarden Euro für die Förderung der Kerntechnologie eingestellt worden. Über 3 Milliarden Euro werden alleine dafür aufgewandt, um die Fusionsforschung voranzutreiben und durch Kredite den Neubau und die Modernisierung von Atomkraftwerken zu fördern.
- 7 In den meisten Staaten der EU wird diese falsche Politik von den jeweiligen Regierungen unterstützt. Durch diesen Irrweg sind die Staaten der EU zu den führenden Erzeugern von Atomenergie auf der Welt geworden. Die Europäische Union ist die Region mit der größten Atomkraftwerksdichte in der Welt. In den 15 der 27 EU-Mitgliedstaaten werden insgesamt 145 kommerzielle Atomreaktoren betrieben.
- 8 Massiv zur Förderung der Atomtechnologie hat EURATOM beigetragen. Naturfreunde fordern seit vielen Jahrzehnten die seit 1957 bestehende Europäische Atomgemeinschaft (EAG, EURATOM) aufzulösen. Nie hat EURATOM dazu beitragen können, den Menschen in der EU ein hohes Maß an technischer Sicherheit von Kernkraftwerken zu garantieren – vielmehr wurde EURATOM dafür benutzt, die Atomtechnologie in möglichst vielen Ländern auf möglichst profitabler Basis zu fördern. Durch riesige Subventionierung der Atomtechnologie wurden der Ausbau und die Förderung von unbeherrschbarer Atomkraft seit vielen Jahrzehnten massiv vorange-trieben.

- 9 Einige EU-Mitgliedstaaten, wie beispielsweise Österreich, Schweden, die Niederlande und Belgien, haben Beschlüsse in Richtung eines Atomausstiegs auf nationalstaatlicher Ebene gefasst. Dennoch bleiben sie an ihren vertraglichen Pflichten gebunden und beteiligen sich weiterhin an der finanziellen Förderung der Atomenergie durch die EU und die EAG.
- 10 Es ist nicht akzeptabel, dass alle Staaten, die sich um einen Beitritt zur EU bewerben, durch die bisherigen Beitrittspraxis mit dem Vertrag über den EU-Beitritt jeweils auch den EURATOM-Vertrag mit unterzeichnen, unabhängig davon, ob sie selbst Atomenergie herstellen. Damit verpflichtet sich jeder künftiger EU-Mitgliedstaat, sich an der Subventionierung und Privilegierung der Atomenergie in der EU zu beteiligen.
- 11 Durch den Vertrag von Lissabon ist EURATOM strukturell aus den EU-Verträgen ausgegliedert. Trotzdem ist EURATOM durch den einheitlichen institutionellen Rahmen und durch den gemeinsamen Haushalt eng mit der EU verzahnt. Es ist an der Zeit, diese Verflechtung durch eine Vertragsänderung zu brechen, um den Austritt aus dem EURATOM für diejenigen Mitgliedstaaten, die das wollen, zu ermöglichen.
- 12 Die Naturfreunde unterstützen die Forderung nach einem einseitigen Ausstieg aus der Europäischen Atomgemeinschaft durch Länder, die keine Atomenergie wollen. Dies kann für die Naturfreunde jedoch nur ein erster Schritt zur vollständigen Auflösung von EURATOM sein. Erst die Beendigung des EURATOM-Vertrages wird ein unumkehrbarer Atomausstieg auf EU-Ebene und eine vollständige Umorientierung auf erneuerbaren Energien möglich machen.
- 13 Die Naturfreunde wollen EURATOM durch eine alternative „Europäische Gemeinschaft zur Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeinsparung“ ersetzen.
- 14 Die Naturfreunde Internationale wird mit allen Landesverbänden, die sich für eine europaweite Initiative zur Auflösung von EURATOM engagieren wollen, eine europaweite Kampagne zum Atomausstieg starten. Hierbei soll eine Arbeitsgruppe über verschiedene Möglichkeiten für die Umsetzung einer solchen Kampagne Vorschläge ausarbeiten. Die Kampagne soll im Jahr 2012 begonnen werden.
- 15 **Die Naturfreunde Internationale wird sich dafür einsetzen,**
 - (a) dass EURATOM schnellstmöglich aufgelöst wird;
 - (b) dass ein neuer europäischer Vertrag geschlossen wird, auf dessen Grundlage eine alternative Europäische Gemeinschaft zur Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeinsparung eingerichtet wird;
 - (c) dass auf EU-Ebene eine Initiative für die Entflechtung der vertraglichen Grundlagen der EU und des EURATOM ergriffen wird. Zusammen mit den Landesverbänden wird sie Druck auf den jeweiligen Regierungen ausüben, damit die Mitgliedsstaaten der EU den EURATOM-Vertrag einseitig kündigen;
 - (d) dass die europäischen Verträgen so geändert werden, damit das Verbot der Nutzung von Atomtechnologien für militärische Zwecke sowie zur Energiegewinnung als Grundlage der Europäischen Union festgeschrieben wird;
 - (e) dass die nationalen Regierungen und die EU-Kommission sich bei den Vereinten Nationen entschieden für einen weltweiten Ausstieg aus der Atomenergie für militärische Zwecke sowie zur Energiegewinnung einsetzen und ein Moratorium für alle weltweit geplanten Neubauten von Atomanlagen für militärische Zwecke und zur Energiegewinnung durchgesetzt wird.

Angenommen mit 2 Enthaltungen und 7 Gegenstimmen.